

Widerstand gegen Containerdorf auf Unigelände in Berlin

Proteste gegen Flüchtlingscontainer am Unigelände in Berlin - Entdecken Sie den Widerstand an der FU und die Kontroverse um die geplante Unterbringung. bröckelt die woke Fassade? #Flüchtlinge #Berlin #Proteste

Auf dem Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, plant der Senat den Bau eines Containerdorfs für 260 Flüchtlinge. Diese Pläne stoßen jedoch auf Widerstand, insbesondere an der Freien Universität Berlin (FU). Die Universität beabsichtigt, auf diesem Gelände ein Gebäude für Lehrzwecke und Forschung zu errichten. FU-Präsident Günter Ziegler zeigte sich verärgert darüber, dass die Universitätsleitung nicht über die Senatspläne informiert wurde und betonte, dass die Fläche ab 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird.

Die FU selbst ist grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen zu unterstützen, wie bereits in der Vergangenheit geschehen. Allerdings weist sie darauf hin, dass es aufgrund des hohen Sanierungsbedarfs und umfangreicher Bauplanungen derzeit keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen. Die Universität schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen, da diese in der Vergangenheit bereits für diesen Zweck genutzt wurden.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsangelegenheiten beim Senat, Albrecht Broemme, betont die Notwendigkeit, freie Flächen zur Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen, solange sie ungenutzt sind. Er fordert von der FU-Kanzlerin eine zeitliche

Angabe für den Beginn des Bauprojekts und weist darauf hin, dass weitere Containerdörfer erforderlich sind, um dem Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken.

Das Vorhaben zur Errichtung von Containerdörfern für Flüchtlinge ist Teil eines größeren Plans des Senats, der Ende März die Genehmigung für 16 zusätzliche Standorte beschlossen hat. Diese Maßnahme zielt darauf ab, Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten und die Notunterkünfte, wie etwa in den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof, zu entlasten. Die geplanten Standorte konzentrieren sich hauptsächlich auf den Ostteil der Stadt, wodurch das Ungleichgewicht in der Unterbringung von Flüchtlingen in den Bezirken weiter zunimmt.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de